

Georg Christian Benedikt Ackermann

**Kleine kirchliche Gesetzsammlung, oder kurze Zusammenstellung aller  
Verordnungen, die im Bezug auf Kirche und Geistlichkeit vom Jahre 1797 an  
erlassen worden : nach der Ordnung des Siggelkow'schen Handbuchs**

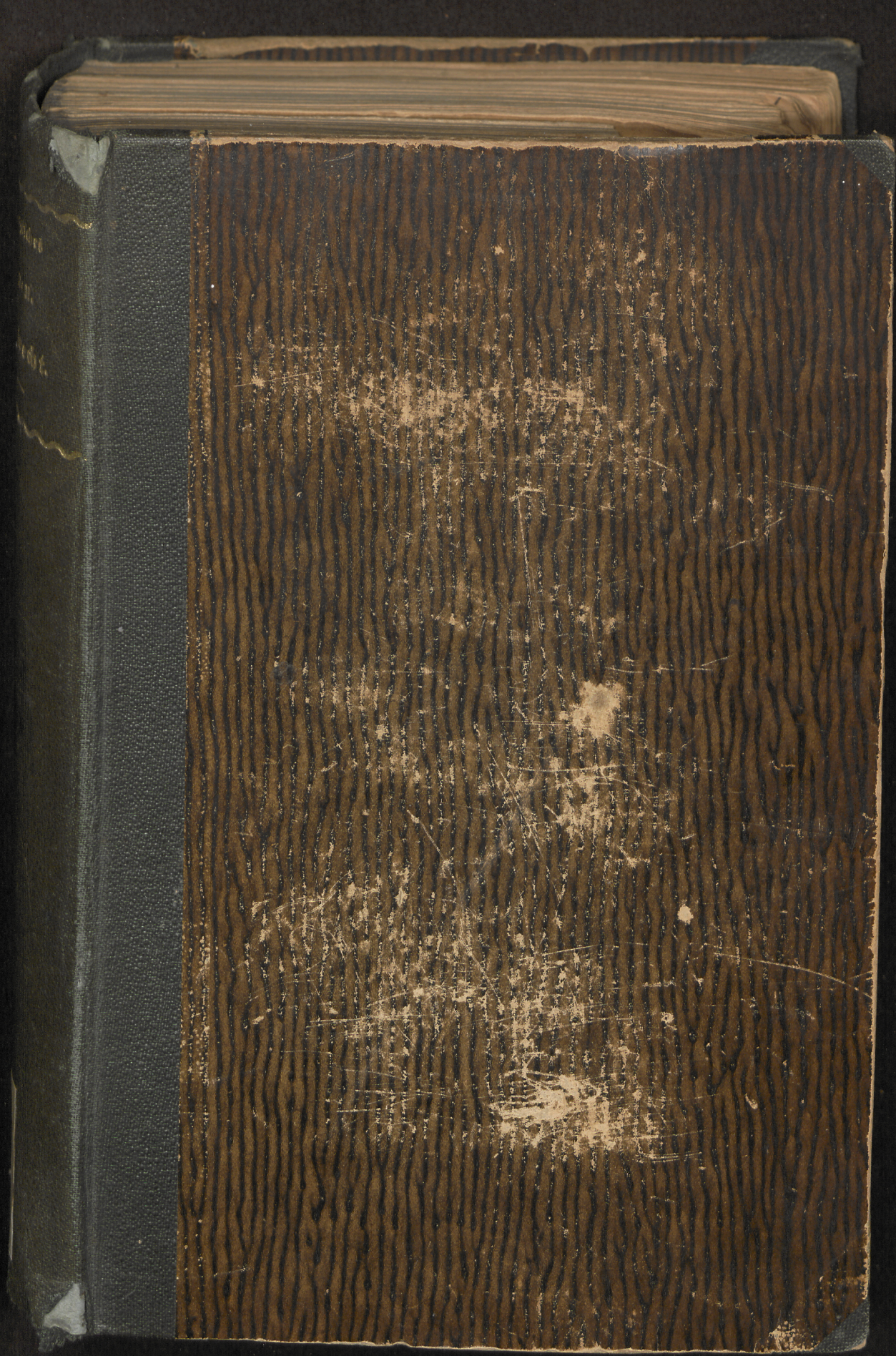
Schwerin: Gedruckt in der Hof-Buchdruckerei, 1820

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1041114869>

Druck Freier  Zugang









E  
82





E 82

F 20





E  
82



Kleine  
kirchliche Gesetzsammlung,

oder

kurze

Zusammenstellung aller Verordnungen,

die

im Bezug auf Kirche und Geistlichkeit vom  
Jahre 1797 an

erlassen worden,

nach

der Ordnung des Siggelkow'schen Handbuchs

von

G. C. B. Ackermann,  
Consistorial-Rath und Superintendent.

---

Schwerin, 1820.

Gedruckt in der Hof-Buchdruckerei.



Handwritten title in Gothic script, likely a church or legal document.

Handwritten text in Gothic script, possibly a date or a reference.

Handwritten text in Gothic script, possibly a date or a reference.

Handwritten text in Gothic script, possibly a date or a reference.

Handwritten text in Gothic script, possibly a date or a reference.

Sei  
buche  
rechts  
ordnn  
welche  
aufzul  
gewiß  
Amts  
gänge  
bewie  
ger se  
1797/  
buch  
lange  
werde  
die d  
und  
um i  
Anor  
vom  
  
lich  
welch  
Bero



## V o r b e r i c h t.

Seit der letzten Ausgabe von Siggelkow's Handbuche des Mecklenburgschen Kirchen- und Pastoralrechts, sind eine Menge kirchlicher Gesetze und Verordnungen erschienen, die bei einzelnen Predigern, welche sich die Mühe nahmen, sie zu sammeln und aufzubewahren, sich finden mögen, die aber dagegen gewiß vielen abgehen, denen sie beim Antritte ihres Amtes nicht überliefert werden konnten, weil der Vorgänger nicht gleiche Sorgfalt in der Aufbewahrung bewies. Für diese muß es daher um so nothwendiger sein, eine nähere Kunde von allen, seit dem Jahre 1797, — als bis wohin das Siggelkowsche Handbuch geht, erlassenen kirchlichen Verordnungen zu erlangen, da sie nur hiedurch in den Stand gesetzt werden, überall gesetzmäßig zu verfahren. Alle aber, die der Ordnung geneigt sind, werden das Zerstreute und Vereinzelte zusammengestellt zu sehen wünschen, um in einer vollständigen Uebersicht mit Gesetzen und Anordnungen zu bleiben, die für Beruf und Amt vom Belange sind.

Diesen Bedürfnissen und Wünschen wird hoffentlich die gegenwärtige kleine Sammlung abhelfen, welche das, seit jener Zeit in kirchlicher Beziehung Verordnete umfaßt, und in welcher nichts wesent-



ches vermist werden wird. Anfangs war es die Absicht, diese Gesetze in chronologischer Ordnung nach ihrer Erlassung aufzuführen; von allerhöchster Behörde aber darauf aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßiger sein werde, die im Andenken zu erhaltenden kirchlichen Gesetze nach der Ordnung des, ohnehin in jedes Predigers Händen befindlichen Siggelkow'schen Handbuchs, gleichsam als eine Fortsetzung desselben, aufzustellen, bin ich diesem höchsten Wink mit Ueberzeugung gefolgt.

Wenn daher dies kleine Werk bei jeder Pfarre aus dem Kirchen-Verario zur Aufbewahrung angekauft ist, wozu die allerhöchste Versicherung vorläufig bereits ertheilt worden; so kann es keinem Prediger, der es mit dem Siggelk. Handbuche in Verbindung setzt, an der nöthigen und nähern Kunde von allen, auf seine Amtsführung Bezug habenden Verordnungen fehlen, und werden nun fortan von jedem auch die künftig hinzukommenden neuen gesetzlichen Verordnungen in Kirchensachen sorgfältig und fortgehend dieser Sammlung angereiht, so wird künftig bei jeder Pfarre etwas vollständiges und genügendes in diesem Betref vorhanden sein, und kein Prediger aus Unkunde etwas verfehlen können.

Zur Erleichterung des Auffindens einzelner Materien, ist ein Register angefügt.

Schwerin, den 19ten Junii 1820.

Der Verfasser.



Tit. I.

Von Kirchen-Gesetzen. §. 1 - 8.

Zum §. 5.

Zur Bekanntmachung der aus h. Regierung ergehenden Verordnungen, ist das officiële Wochenblatt bestimmt, welches im Jahre 1812 erschien, und es soll selbiges fortan von allen öffentlichen Behörden, auch den Geistlichen, gehalten werden, damit jede Entschuldigung einer vorgeblichen Unkunde weg falle, nach einem Regiminal-Befehl vom 16. Januar 1812.

(Siehe Staatskalender v. J. 1813. S. 196.)

Vom Jahre 1816 an, wurde auch, nach einer Reg. Verordnung vom 13ten Januar 1816, der Ankauf des Mecklenb. Staatskalenders auf Druckpapier den sämtlichen Predigern, wenn das Kirchen-Aerarium die Kosten tragen kann, sowohl für das gegenwärtige, als die folgenden Jahre gestattet.

(S. Staatskal. v. J. 1817. p. 174.)

Es sollen daher auch die Staatskalender sowohl, als das officiële Wochenblatt sorgsam bei den Kirchen-Papieren aufbewahrt werden, widrigenfalls der Ersatz dafür von den Erben eines verstorbenen Predigers durch den Superintendenten bei der Auseinandersetzung wahrzunehmen ist. Reg. B. vom 7. Februar 1816.

(S. officiëles Wochenbl. v. J. 1816. St. 7.)



## Tit. II.

## Von Kirchen: Gerichten. §. 9 - 17.

Zum §. 13. S. 16.

Beim Herzogl. Cabinet sollen keine andere Ehe-Dispensationen ertheilt werden, als bloß von der Abwartung der Trauer-, Fasten- und Advents-Zeit, oder von den bisher dispensabeln Verwandtschaftsgraden; jedoch muß von dem competirenden Prediger die Unentbehrlichkeit der Dispensation bezeugt werden. Cab. Verordnung vom 12ten September 1800.

Geben dennoch die Prediger den, um Dispensation vom Aufgebot beim Cabinet Supplicirenden ein Attest, so sollen sie eine Poen von 5 Rthlr. erlegen, Cab. B. vom 21. Julii 1806.

(S. St. Cal. 1807. S. 189.)

Geschärfte Erneuerung dieser Verordnung, unterm 20. Decbr. 1809.

(S. St. Cal. 1810. S. 208.)

Uebrigens können solche Atteste zum Zweck der Dispensation bei h. Regierung allerdings ausgestellt werden; es ist dies aber in den Attesten ausdrücklich zu bemerken. Verordnung vom 2ten November 1811.

(S. St. C. 1812. S. 209.)

Ueberall sollen keine Bittschriften, deren Concipienten nicht namentlich angegeben sind, oder welche für die Landes-Diasterien gehören, angenom-



men, sondern alle solche Bittschriften auf der Supplicanten Kosten zurückgegeben werden. Reg. B. vom 27. December 1808.

(S. St. C. 1809. S. 193. Mecklenb. Intelligenzblatt 1809, St. 1.

§. 9 - 17.

n keine andere  
als bloß von der  
und Advents-  
in Verwandt-  
n competirenden  
Dispensation be-  
ng vom 12ten

, um Dispensa-  
supplicirenden ein  
5 Rthlr. erlegen,

S. 189.)

ser Verordnung,

S. 208.)

zum Zweck der  
allerdings ausge-  
ben Attesten aus-  
vom 2ten No-

S. 209.)

chriften, deren  
heben sind, oder  
gehören, angenom-

#### Tit. IV.

### Von Kirchen-Synoden. §. 29 - 32.

Zum §. 30. 1.)

Die Prediger sollen, wenn sie auch bei der Synodal-Versammlung — welcher beizumohnen ihre Pflicht ist, — nicht zugegen gewesen, dennoch die Synodal-Ausarbeitung durchaus liefern. Circular-Verordnung an die Superintendenten vom 19. Mai 1803.

(S. St. C. 1804. S. 187.

Zum §. 32. Für die Bewirthung jedes Predigers bei den jährlichen Synodal-Versammlungen sollen künftig 32 fl. statt 24 fl. aus dem Kirchen-Verario vergütet werden. Reg. Verordn. vom 5. December 1799.

(S. St. C. 1801. S. 174. Schröders Gesetzsammlung Nro. CLIV.



# Vom Gottesdienst und gottesdienstlichen Tagen. S. 33 - 38.

Zum S. 34.

**P**atent: Verordnung wegen besserer Feier der Sonn- und Festtage, vom 27. Februar 1811. Während des Gottesdienstes soll alles Fahren in der Nähe der Kirche, aller öffentlicher und bürgerlicher Verkehr, alle lärmende Arbeit der Handwerker, alles Wein- Bier- und Branntwein-Verkaufen an sitzende Gäste u. s. w., bei 5 — 20 Rthlr. Strafe verboten, und den Policei-Obrikeiten die öftere Visitation der Kasse-, Wein- und Bier-Häuser während des Gottesdienstes ernstlich empfohlen seyn.

(S. Staatsk. 1812. S. 199. Mecklenb. Intelligenzbl. 1811. St. 34. Offic. Wochenbl. 1813. St. 6.)

Unterm 27. Februar 1811 wurden von höchster Behörde alle Herzogl. Diener und obrigkeitliche Personen aufgefordert, durch den Besuch des kirchlichen Gottesdienstes und den Gebrauch der Abendmahlsfeier, nicht nur das öffentliche Bekenntniß eigener Religiosität abzulegen, sondern auch durch ihr Beispiel die übrigen Landes-Einwohner zu ermuntern.

(S. Staatsk. 1812. S. 199. Mecklenb. Intelligenzbl. 1811. St. 34. Officielle Wochenbl. 1813. St. 6.)

Um auch selbst während der Predigt alle Störung möglichst zu verhüten, wurde unterm 7. Julii 1818 aus Großherzogl. Regierung verordnet,



daß der Klingbeutel fortan nicht mehr unter der Predigt, sondern Vormittags während des Hauptgesanges und, mit Innehaltung bei der Vorlesung des Evangeliums, während des Singens des Glaubens, so wie Nachmittags auch unter dem Hauptgesange, umhergetragen werden solle.

(S. Staatsk. 1819. Pag. 170. Officielles Wochenbl. 1818. St. 26.)

Zum §. 35. Der bisherige Ernte-Vettag soll, wegen der Heu-Ernte, für immer auf den 5ten Sonntag nach Trinitatis verlegt seyn. Reg. Verordnung 3. Julii 1810.

(S. Staatsk. 1811. S. 201.)

Es soll an diesem Vettage alternirend über die biblischen Pericopen und über besonders gewählte Texte gepredigt werden. Reg. Verordnung 20sten September 1810.

Zum §. 37. Die merkwürdige Begebenheit des 18. Octobers 1813 ist seitdem durch eine gottesdienstliche Feier bezeichnet worden; es soll aber diese Feier allemal auf den nächsten Sonntag verlegt, und in den Vorträgen angemessener Bezug auf jene denkwürdigen Ereignisse gemacht werden. Reg. Verordnung vom 1. November 1816.

(S. Staatsk. 1817. S. 177. Officielles Wochenbl. 1816. St. 48.)

Das jährliche Reformationsfest soll, nach einem Cabinets-Rescript an die Superintend., nicht, wie es Anfangs durch eine Reg. Verordn. vom 3. Septb. 1817 bestimmt war, an demselben Tage,



auf welchen der 31ste October fällt, sondern, wenn der Tag nicht auf einen Sonntag fällt, stets an dem zunächst folgenden Sonntage gefeiert werden.

(Staatskalender 1819. S. 173.)

### Tit. VIII.

### Von piis corporibus. §. 47 - 87.

Zum §. 50.

In der, unterm 28. Junii 1808 erlassenen Deklaration: Verordnung wider die mißbräuchliche Aufrufung landesherrlich bestätigter Erbverpachtungen geistlicher Grundstücke, wird deren Unveräußerlichkeit, nach einmal ertheiltem landesobrigkeitl. decreto de non alienando, aufgehoben, und darüber kein weiterer Rechtsstreit gestattet, hingegen eine Revokationsklage nur dann, wenn sie ausdrücklich reservirt worden, für zulässig erklärt.

(Staatskalender 1809. S. 184. Officielles Wochenblatt 1815. St. 18.)

Unterm 22. Junii 1811 erschien eine Constitution wegen des Bestandes der Pacht-Contracte in Konkursen.

(S. Staatskal. 1812. S. 203. Intelligenzblatt 1811. St. 55. f. Officielles Wochenblatt 1811. St. 57. f.)

#### Erläuterung dieser Constitution.

(S. offcielles Wochenbl. 1812. St. 2.)

Nach einer, unterm 10ten August 1819 aus Großherzogl. Regierung erlassenen Circular-Verord-



sondern, wenn  
 stets an dem  
 werden.

819. S. 173.)

47 - 87.

lassenen Dekla-  
 rationen  
 Unveräußer-  
 licheit. de-  
 n, und darüber  
 gegen eine Re-  
 sdrücklich refer-

84. Officielles  
 St. 18.)

eine Constitu-  
 t:Contrakte

203. Intelliz  
 f. Officielles  
 57. f.)

812. St. 2.)

ust 1819 aus  
 irkular: Berord-

nung an die Superintendenten, soll in Zukunft durch-  
 aus kein Prediger seine Pfarrländereien und  
 Gehöfte anders verpachten, als wenn er vorher  
 dem kompetirenden Superint. vollständige Anzeige  
 davon gemacht, und dieser sodann cum voto darüber  
 an die Großherzogl. Regierung berichtet hat, damit  
 zweckmäßige Verfügungen zur Sicherung Großherzogl.  
 Rechte, so wie der Rechte der Einzelpfarren und des  
 Kirchen-Aerars getroffen werden können.

Zum §. 57. Die bisher unterlassene Berichts-  
 erstattung von den, jedes Jahr revidirten Rech-  
 nungen der pior. corp. wird in einer, an die  
 Superintendenten erlassenen Reg. Verordnung vom  
 3. März 1810 wieder befohlen.

Auch sollen die Superintendenten, nach Regie-  
 rungs-Verordnung vom 6. Febr. 1819 an selbige,  
 fortan, unter Mitunterschrift des kompet. Kirchen-  
 Sekrétaires, alle Jahr, spätestens 8 Tage vor Ostern,  
 bei Großherzogl. Regierung die Berechner anzeigen,  
 welche mit Einreichung der Rechnungen etwa dann  
 noch im Rückstande sind, damit gegen diese sofort in  
 Gemäßheit der Verordnung vom 7ten Novb. 1788  
 (welche den Säumnigen eine sofort exekutivisch beizu-  
 treibende Strafe von 10 Rthlr. androhet,) verfahren  
 werden könne. — Ueber die beschaffte Revision  
 selbst soll gegen Johannis berichtet werden.

Zum §. 58. Die vorrätigen Gelder der  
 pior. corpor. sollen künftig nicht an die Kirchen-  
 Sekretarien, sondern an die Superintendenten einge-  
 sandt werden. Reg. Berordn. vom 26. Mai 1810.

Noch ist den Superint. in einer Reg. Berord-  
 nung vom 31. December 1814 ausgegeben: mit Zu-  
 ziehung des kompet. Kirchen-Sekrétaires sorgsam  
 darauf Bedacht zu nehmen, daß vor Ausleihung



von Kirchen:Capitalien an Fremde, die eigne Noth der geldbedürftigen, oder einen Vorschuß suchenden *pior. corp.*, bei genugsamer Sicherheit, geklehret, und dazu das erforderliche Geld vor allen Dingen einstweilen angewendet werde.

(Staatskal. 1816. S. 166.)

Zum §. 61. Die Berechner herrschaftlicher Patronat:Kirchen und milder Stiftungen sollen nicht allein bei Wahrnehmung der registermäßigen Zinsen sich genau nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen richten, sondern auch, wenn Proclamata wegen der Schuldner erlassen werden, sich dieser Forderungen halber, zur Vermeidung eigener Verantwortung, bei dem konvocirenden Gerichte, entweder unmittelbar, oder durch den Kirchenprokurator, gehörig melden, um die Präklusion oder jedes Präjudiz zu verhüten, auch dem Superint. davon sogleich Nachricht ertheilen. Reg. Verordn. vom 29. Julii 1805.

(S. Staatskal. 1806. S. 191.)

Die Schuldner der Kirchen und milden Stiftungen können sowohl Capital, als Zinsen, nur allein an den Berechner des anleihenden *pii corporis*, gegen dessen Quittung, gültig zahlen. Reg. Verordnung vom 3. December 1810.

(Staatskal. 1811. S. 207. Officielles Wochenblatt 1813. St. 12.)

Die Forderungen der milden Stiftungen sollen den Total:Forderungen der Ehefrau in Conkursen vorgehen. R. B. de 22. Junii 1811.

(Staatskal. 1812. S. 204. Intelligenzblatt 1811. St. 57. f. Officielles Wochenblatt 1812. St. 33.)



Die Erhebung und Belegung der Gelder der *pior. corp.* soll künftig, außer dem Fall einer besondern landesherrl. Verordnung, nicht mehr unmittelbar von den Superint. und Kirchen-Sekretarien geschehen, sondern den Berechnern, unter Direktion der resp. Superintenden ten, überlassen bleiben. Wegen der Zinsen und ähnlicher Gefälle sollen die Quittungen der Berechner hinreichen; bei Abträgen von Capitalien der *pior. corp.* aber, soll außer der Zurückgabe der Schuldverschreibung eine Quittung erforderlich sein, die von dem kompetirenden Superintenden ten mit unterschrieben ist. Reg. Verordnung vom 1sten Novbr. 1817.

(Officielles Wochenblatt 1817. St. 50.  
Staatskal. 1818. p. 168.)

In einem besondern Rescript an die Superint. wurde eine gedruckte Instruktion für die Berechner der *pior. corp.* mitgetheilt, wie sie sich bei Belegung der Gelder der *pior. corp.* zu verhalten haben. Jeder Berechner soll sogleich seinem kompet. Superintenden ten Anzeige machen, wenn Gelder gekündigt werden, oder wenn er, auf höchsten Befehl, oder wegen eigner Bedürfnisse der Kirche, kündigt, oder wenn wegen Unsicherheit des Debitors die Kündigung rathsam ist, worüber er zuvor an den Superintenden ten berichtet und Instruktion einholt. Er muß dann auf die sichere Wiederbelegung des Capitals bedacht sein, die Zustimmung des Superintenden ten einholen, und nun den höchsten Consens nachsuchen, wovon die Kosten dem Anleiher zufallen. Dasselbe gilt von Belegung der vorrätigen, oder aus Konkursen aufgetommenen Gelder. Für die Unterbringung der Ueberschüsse sollen die Berechner selbst



sorgen, und wenn es an Gelegenheit dazu fehlt, sollen sie Instruktion vom Superint. einholen. Wenn Grundstücke in andere Hände kommen, sollen die Berechner den Kirchen-Sekretarien solches melden, um die Gerechtsame wahrzunehmen, und wenn der neue Besitzer die Capitalien zu übernehmen wünscht, und Superint. zustimmt, so ist der höchste Consens nachzusehen. Für die Nichtbefolgung dieser Instruktion ist der Berechner verhaftet.

Die besondere Instruktion für die Superintenden-ten ist diese: Sie sollen auf genaue Befolgung der den Berechnern erteilten Instruktion wachen; deshalb bei Revision der Rechnungen auf die belegten Capitalien achten, die Obligationen damit vergleichen; bei gekündigten Capitalien oder bei baarem Vorrath des pii corp. die Berechner zum baldigen Bericht über die Belegung auffordern und anhalten; wegen der Sicherheit der Hypothek aber das Erachten des Kirchen-Sekretairs zu erfordern befugt sein; die neue Obligation, mit dem höchsten Consens begleitet, sich gleich in die Registratur einliefern lassen. Können kleine Pöste nicht belegt werden, so ist die Gelegenheit dazu abzuwarten. Hat eine Kirche interimistische Vorschüsse nöthig, so ist der Berechner anzuweisen, solchen Posten an der Berechner der anleihenden Kirche gegen dessen Schein oder Verschreibung auszusahlen, und diese dem Superint. einzusenden. Die Superintenden-ten sollen weder befugt noch verpflichtet sein, die Capitalien der pior. corp. selbst zu erheben und zu belegen.

Zum §. 67. Alle Original-Verschreibungen über ausgeliehene Capitalien von herrschaftlichen piis corp. sollen zur Superintendentur-Registratur eingesandt, und daselbst in einem eigenen Schranke,



nach einem, vom kompet. Kirchen-Sekretair fortwährend zu unterhaltenden vollständigen Repertorio, sicher aufbewahrt werden. Reg. Verordnung des 20sten März 1802.

(Staatskal. 1803. p. 177. Schröder CLXIII.)

### Tit. IX.

## Vom Kirchen- und Pfarrwesen &c.

§. 88 - 117.

**B**ei allen herrschaftl. Patronat-Kirchen soll zum Gebrauch in Official-Sachen ein Kirchensiegel eingeführt werden. Reg. B. vom 2. Febr. 1802.

(Staatskal. 1803. S. 177. Schröder CLXI.)

Zum §. 91. Bei Thurmbauten und Reparaturen an Kirchen soll der Thurndecker zu Rostock, wenn er tüchtige Arbeit für billige Preise liefert, vor andern adhibirt werden. Reg. Verordnung vom 23. Oktober 1804.

Erneuert unterm 15ten Oktober 1816.

Zum §. 92. Wegen Assistenz der Eingepfarrten zu Bauten und Reparaturen geistl. Gebäude, wurde unterm 14ten Febr. 1806 eine Cirkular-Verordnung an die Beamten erlassen, und den Superint. mitgetheilt. Nach derselben sollen die Beamten bei jedem Bau, auch Reparatur der Art, die Besitzer der zur Gemeinde gehörenden ritterschaftlichen und landschaftl. Güter, Höfe, Dörfer konvociren, mit ihnen, unter Zuziehung der Handwerker, die Gebäude besichtigen, über Zeit und Art des Baues,



Herbeischaffung der Materialien und Kosten deliberiren. Bei geringen Bauten genügt es, etwa einmal im Jahre auf jeder herrschaftl. Pfarre, bei welcher ritter- und landschaftl. Eingepfarrte sind, eine solche Zusammenkunft anzustellen, und wegen sämtlicher, von dem Prediger und den Juraten angezeigten Baumängel das Nöthige zu verabreden. Die Prästanda an Geld, Materialien und Diensten, sind nach der üblichen Observanz zu repartiren, u. s. w.

(Staatskal. 1807. S. 185. Officielles Wochenblatt 1815. St. 27. 28.)

Zur Vervollständigung des Geschäfts-Ganges in Bau-sachen, sollen alle Bau-sachen von den Beamten gemeinschaftlich mit dem Distrikts-Landbaumeister zum Vortrag gebracht, auch diesem alle betreffende Verordnungen gleich mitgetheilt werden; mit ihm ist daher auch über die Ausführung der Bauten Rücksprache zu nehmen u. s. w. Cammer-Verordnung d. d. 4ten April 1812.

(Officielles Wochenbl. 1812. St. 3.)

Die Ziegelsteine bei den Kirchen- und Pfarrbauten sollen in den Anschlägen nach ihrem vollen Werthe gerechnet werden. Reg. Verordnung d. 10ten Julii 1813.

(Officielles Wochenbl. 1813. St. 30.)

Zum §. 95. Die Beamte, Forstbediente und Landbaumeister sind befehligt, bei der jährlichen Zimmerbesichtigung ihr vorzüglichstes Augenmerk auf die gute Unterhaltung der Kirchen- Pfarr- und Küster-Gebäude zu richten, in Gemäßheit früherer Verordnungen, besonders darauf zu sehen, daß die verpachteten Pfarrgehöfte, Pfarrwittwenhäuser, nicht von den Inhabern niedergewohnt, sondern immer



Kosten deliberir  
es, etwa einmat  
re, bei welcher  
sind, eine solche  
gen sämtlicher,  
angezeigten Bau  
Die Prästanda  
sind nach der  
s. w.

185. Officielles  
St. 27. 28.)

Stäts: Ganges in  
von den Beam-  
Landbaumeister  
alle betreffende  
en; mit ihm ist  
r Bauten Rück-  
ner: Verordnung

812. St. 3.)  
n: und Pfarr-  
ach ihrem vollen  
Verordnung d.

813. St. 30.)

Forstbediente und  
r jährlichen Zim-  
genmerk auf die  
1: Pfarr: und  
Gemäßheit frühes  
f zu sehen, daß  
armwittwenhäuser,  
hnt, sondern im-  
mer

mer gehörig reparirt, und wieder in dem guten Zu-  
stande, wie sie überliefert sind, zurückgegeben werden.  
Reg. Verordnung d. 18. December 1819.

(Staatskal. 1820. S. 184. Officielles  
Wochenblatt 1820. St. 1.)

Zum §. 110. Die Prediger sollen keine Ver-  
änderungen in der innern Einrichtung der Kir-  
chen, Großherzogl. Patronats, und mit den Kir-  
chen stühlen eigenmächtig vornehmen, ohne zuvor  
die höchste Genehmigung nachgesucht zu haben. Reg.  
Verordnung vom 20sten Decbr. 1817.

(Staatskal. 1818. S. 170. Officielles  
Wochenblatt 1818. St. 1.)

### Tit. X.

### Vom Schulwesen. §. 118 - 126.

Zum §. 120.

Die Schulmeister der Ritter: und Landschaft  
können vom kompetirenden Prediger examinirt wer-  
den, und es bedarf nicht des Examens und der Con-  
firmation des Superintendenten. Reg. Verordnung  
d. d. 14. Mai 1798.

(Staatsk. 1799. S. 175. Schröber CLI)

Wenn in einem Dorfe eine eigene Schule  
errichtet wird, so soll die Entschädigung des bis dahin  
kompetirenden Schulmeisters zuvor ins Reine gebracht,  
künftig aber bei Bestellung eines neuen Schulmeisters,  
bei welchem Kinder aus benachbarten Orten in die  
Schule gehen, ihm zur Bedingung gemacht werden,



daß er, auf den Fall der Anlegung eigener Schulen in solchen Dörfern, keine Entschädigung begehren dürfe. Reg. Verordn. vom 16. Sept. 1805.

(Staatsk. 1807. S. 184.)

Die erledigt werdenden Schuldienste sollen künftig mit tüchtigen, im Seminar gebildeten Individuen besetzt, und den Schulmeistern und schulhaltenden Rüstern, welche wegen Alters u. der Hülfe bedürfen, nicht mehr unbereitete Subjekte als Assistenten beigeordnet werden. — Hat ein Rüster oder Schulmeister Hülfe nöthig, und will er keinen Seminaristen angestellt haben: so mag er sich der Hülfe eines dazu geeigneten Menschen bedienen, wenn Pre diger und Gemeine davon zufrieden sind; aber es sollen diesem Hülfeleistenden keine Rechte zum Anspruch auf Beförderung, und zur Befreiung von der erwanigen Militairpflichtigkeit dadurch erwachsen. Reg. Verordnung an die Superintendenten d. 6. Februar 1819.

Zum §. 122. III. IV. In Hinsicht der Schulmeister: Aecker bei neuen Regulirungen, ist in einem Reg. Reskript an die Kammer d. d. 29. Junii 1816 angefügt, daß für die Zukunft die Schulmeister beim Beginnen der Regulirung gleich über ihre gegenwärtigen und künftigen Verhältnisse zu Protokoll gehört werden sollen, da ein eigenmächtiges Verfahren in solchen Veränderungen nicht stattfinden darf.

Auch sollen die zeitigen Schulmeister nicht ermächtigt seyn, über die zur Schule reglementsmäßig einmal landesherrlich angewiesenen Dienst-Emolumente und Gerechtigkeiten in Privatunterhandlungen sich einzulassen, und Abfindungs- oder Substitutions-



eigner Schulen  
Bewilligung begehren  
pt. 1805.

(S. 184.)

Schuldienste  
in ar gebildeten  
istern und schul-  
es ic. der Hülfe  
bjekte als Offi-  
ein Küster oder  
er keinen Ge-  
er sich der Hülfe  
enen, wenn Pres-  
a sind; aber es  
rechte zum An-  
sfreierung von der  
erwachsen. Reg.  
a d. 6. Februar

sicht der Schul-  
lirungen, ist  
ammer d. d.  
die Zukunft die  
Regulirung gleich  
gen Verhältnisse  
a ein eigenmäch-  
rungen nicht statt

meister nicht er-  
reglementsmäßig  
ienst-Emolumente  
erhandlungen  
er Substitutions-

Vereinbarungen darüber für sich und ihre Nachfolger  
rechtsverbindlich einzugehen. Die Cammer hat sich  
also derselben sub poena annullationis in Zukunft  
zu enthalten, und sich damit eventualiter an die  
kompetirenden Superintendenden zu wenden. Reg.  
Verordn. an die Cammer d. d. 22. Mai 1818.

Zum §. 122. VI. Nach einer, von den Pres-  
digern zu machenden Berechnung darüber: welche  
Schulmeister in den Jahren von 1809 bis 1815  
unter 35 und welche über 35 Schulkinder im  
Durchschnitte gehabt haben, sollen den ersten künftig  
jährlich 3 Faden, den letzten 4. Faden Holz zum  
Deputat bestimmt seyn. Reg. Verordnung d. 2ten  
März 1816.

(Officielles Wochenbl. 1816. St. 12.)

Zum §. 124. 1) Alle Kinder sind nach zurück-  
gelegtem 5ten Jahre für schulfähig anzunehmen  
und ist für sie das Schulgeld zu entrichten. Bei  
Kindern, die über Feld zur Schule gehen müssen,  
soll es den Eltern, bis zu vollendetem 5ten Jahre  
ihrer Kinder, frei stehen, sie noch zurück zu behalten,  
nur ist in jedem Falle das Schulgeld zu bezahlen.  
Reg. Verordn. v. 28. April 1817.

(Staatsk. 1818. S. 166. Offic. Wochenbl.  
1817. St. 20.)

Zum §. 125. Unterm 16. December 1803  
wurde aus Herzogl. Cabinet den Superintendenden  
aufgegeben, zu untersuchen, ob, wie das Gerücht sage,  
der Mecklenb. Catechismus bei Seite gesetzt,  
und welcher Catechismus dafür in den meisten Schu-  
len gebraucht werde? —

(Das Resultat fiel negativ aus.)



Zum §. 126. Nro. 15. Zum Zweck der Errichtung eines für die Wittwen der Küster, Schullehrer u. zu errichtenden Pensions-Instituts, dessen Regulirung dem Consistorialrath Superintendenten Passow zu Sternberg und dem Prof. Hecker zu Rostock übertragen worden, mußten genaue Verzeichnisse von den Einkünften der Schullehrer u. angefertigt werden. Cabinets-Verordnung an die Superintenden ten d. d. 3. Decbr. 1811.

#### Tit. XI.

### Von kirchlichen Aemtern und Dienern, Nebenbedienten u. §. 127 - 252.

Zum §. 134.

Im Jahre 1803 am 12. November erging eine Circular-Verordnung aus der Regierung an die Superintenden ten und eine Instruktion für den Inspektor des theologischen Seminars zu Rostock, wegen der, bei der Prüfung sowohl, als bei der Zubereitung künftiger evangelischer Lehrer und Prediger zu beobachtenden Sorgfalt gegen die Einflüsse der kritischen Philosophie auf das Studium der Gottesgelahrtheit, und gegen die Verbreitung des theologischen Rationalismus in Kanzelvorträgen, zu desto ausschließlicher Festhaltung an die Sprache und Grundsätze der Bibel.

(Staatsk. 1804. S. 191.)

Zum §. 136. Jeder Superintendent erhielt unterm 21sten Mai 1802 aus der h. Regierung



Zweck der Er-  
r Küster, Schul-  
s: Instituts,  
Superintendenten  
Prof. Hecker  
en genaue Ver-  
Schullehrer u.  
ordnung an die  
1811.

nd Dienern,  
27 - 252.

ber erging eine  
gierung an die  
on für den In-  
zu Rostock, we-  
s bei der Zube-  
r und Prediger  
ie Einflüsse der  
s Studium der  
Verbreitung des  
Kanzelvorträgen,  
an die Sprache

(S. 191.)  
intendent erhielt  
r h. Regierung

die Concession, sich ein eigenes Amtssiegel stechen zu lassen, um es in Official-Geschäften zu gebrauchen. Der Kostenbetrag wurde auf die Präposituren repartirt.

Zum §. 143. b. Die Verordnung vom 6. November 1793 wegen der gesetzlichen Studien der Landeskinder auf der Akademie zu Rostock, wurde durch eine Reg. Verordnung vom 8. Sept. 1819 dahin erweitert: daß Theologen 2 Jahre in Rostock studiren müssen, wenn sie in den Mecklenb. Landen zum Schul- und Prediger-Amte befördert werden wollen. Auch haben sie ihre Anstellung in Großherzogl. Diensten nur nach beigebrachten Zeugnissen rectoris et concilii, und der theologischen Fakultät über ihren sittlichen Wandel und ihre erlangten Kenntnisse in den Wissenschaften zu gewährleisten. Die Superintendenten und andern Behörden sollen genau auf die Befolgung dieser Verordnung halten, und nur solche Candidaten zur Anstellung vorschlagen, welche diese Vorschrift genau erfüllt haben.

(Staatsf. 1820. S. 181. Offic. Wochenb. 1819. St. 27.)

Hiermit ist die neuere Verordnung vom 17. Jan. 1820 zur Verhütung des so schädlichen verfrüheten Abganges der Schüler zur Akademie, in Verbindung zu setzen. Mit den zur Universität Abgehenden soll ein Examen vorher angestellt, und die ihnen zu ertheilenden Zeugnisse sollen von allen Lehrern unterschrieben seyn, zu Rostock auch kein Mecklenburger ohne Producirung eines solchen Zeugnisses aufgenommen werden.

(Officielles Wochenbl. 1820. St. 4.)

Zum §. 144. Kein Candidat, der nicht von einem hiesigen Landes-Superintendenten tentirt



worden, soll zum Predigen zugelassen werden. Reg.  
Verordn. de 27. Decbr. 1809.

(Staatsk. 1810. S. 208.)

Auch sollen, nach einer Cabinets-Verordn. vom  
30. Sept. 1809, die Superintenden ten von jedem  
tentirten Candidaten sogleich über dessen Na-  
men, Alter, Fähigkeiten ic. ans h. Cabinet be-  
richten.

(Staatsk. 1811. S. 196.)

Tentirte Candidaten sollen, nach einer Anzeige  
des damaligen Legationsraths, jetzigen Regierungsraths  
von Rudloff, vom 25. Julii 1797 fortan im  
Staatskalender aufgeführt werden; weshalb aus  
jedem Cirkel deren Namen und Aufenthalt anzu-  
geben ist.

Zum §. 146. Ein schärferes Examen über  
die Geschicklichkeit der Candidaten zum Predigt-  
Amt und über ihre wissenschaftl. Bildung, wird den Su-  
perintenden ten in einer Reg. B. vom 17ten Mai  
1814 empfohlen. Das auszustellende Attest soll von  
den Assessoren mit unterschrieben sein, auch ein Pro-  
tokoll über solche Prüfung gehalten werden.

Früher schon, unterm 25ten Jan. 1798, wurde  
den Superint. aus der h. Regierung aufgegeben; die  
Candidaten auch besonders in den Grundsprachen  
unerläßlich und unnachlässlich zu prüfen.

Die Candidaten sollen, wie die Prediger, ihre  
Predigten memoriren, und sie nicht ablesen.

(Staatskal. 1799. S. 174. Schröder CL.)

Die Gebühren der Assessoren beim Ten-  
tamen der Cand. und bei den Prüfungen der Schut-



a werden. Reg.

(S. 208.)

3. Verordn. vom  
enten von jedem  
über dessen Na-  
h. Cabinet be-

(S. 196.)

ch einer Anzeige  
Regierungsraths  
797 fortan im  
en; weshalb aus  
Ausenthalt anzu-

Examen über  
um Predigt-Amt  
wird den Super-  
vom 17ten Mai  
de Attest soll von  
n, auch ein Pro-  
werden.

an. 1798, wurde  
g aufgegeben; die  
Grundsprachen  
äßen.

e Prediger, ihre  
ablesen.

Schröder CL.)

oren beim Ten-  
sungen der Schul-

leute sind zu resp. 24 fl. und 1 Rthlr. für jeden  
Assessor bestimmt. Reg. B. d. 22. Jun. 1814.

Zum §. 152. Bei der Prediger-Wahl  
sollen die obrigkeitlichen Behörden des Wahlorts stets  
gegenwärtig sein. An dem Orte der Präsentation  
soll keinem der Präsentanden eine Gastpredigt zu hal-  
ten gestattet sein. Reg. B. 26. Mai 1814.

(Staatskal. 1815. S. 164. Officielles  
Wochenblatt 1814. St. 25.)

Zum §. 153. Bei Prediger-Wahlen soll ein  
schriftliches Votum von abwesenden Gemeiniegliedern  
nicht angenommen werden. R. B. d. d. 12. Jan.  
1814.

Zum §. 159. a) Die Stempelgebühren  
bei den Bestellungen der Prediger auf ritterschaftl.  
Patronat-Pfarren sollen nur einmal, und zwar bei  
dem Mandato de introducendo, wahrgenommen  
werden. Reg. B. vom 30. Jan. 1813.

(Officielles Wochenblatt 1813. St. 6.)

Zum §. 159. c) Mit Erneuerung der Verord-  
nung vom 21. Junii 1760 wird den Superint. in  
einem Circular vom 3. Oktbr. 1809 aufgegeben, bei  
Pfarrbesetzungen und andern kommissarischen  
Ausrichtungen, allen unnöthigen Aufwand zu mei-  
den, bei den Bewirthungen eine anständige Frugalität  
zu beobachten, und die formirten Rechnungen allens-  
falls darnach zu moderiren.

(Staatskal. 1810. S. 204.)

Auch soll bei vorkommenden Wahlhandlungen  
oder Pfarrbesetzungen kein anderer Prediger, als die  
zur Assistenz bei der Handlung namentlich eingeladenen,  
mit Verlassung seiner Gemeinde, gegenwärtig



sein. Superintend. sollen genau darauf achten und halten. Reg. B. d. 3. Mai 1815.

(Staatskal. 1816. S. 168.)

Zum §. 159. f) Bei der Anstellung der Col-  
laboratoren sollen die Prediger ihre Gemeinden an  
einem Sonntage damit bekannt machen. R. B.  
d. 23sten September 1803.

Zum §. 160. In einem Cirkular an die Sup-  
aus H. Regierung vom 27sten Febr. 1811 werden  
die Prediger gewarnt, die Vernachlässigung des Re-  
ligionskultus und den Verfall der Religiosität,  
durch Entfernung von den positiven Lehren der geoff-  
enbarten Relig. und durch affectirte Einkleidung  
ihrer Religionsvorträge nach dem Modegeschmack des  
Zeitgeistes, selbst zu veranlassen; — dagegen ermun-  
tert, durch einen erbaulichen Wandel ihren Gemeiner-  
gliedern zur Nachfolge vorzuleuchten u. s. w.

(Staatskal. 1812. S. 199.)

Zum §. 164. Die Prediger auf dem Lande  
sollen bei Annehmung neuer Miethsleute in den Pfarr-  
Fathen alle Vorsicht gebrauchen, und sich deshalb  
mit der Obrigkeit und den Gutsbesitzern einverstehen,  
damit keine verdächtige und unsichere Leute genom-  
men werden. Reg. B. 23. Febr. 1801.

(Staatskal 1803. S. 177. Schröder CLXII.)

Zum §. 165. Da bei ausgestellten Zeugnif-  
sen die darin geschriebenen Ziffern leicht verfälscht  
werden können, so sollen alle Prediger bei den von  
ihnen auszustellenden Geburts- und Todescheinen die  
Zahl des Tages, und bei der Jahrszahl wenigstens  
die beiden letzten Zahlen jedesmal mit Buchstaben  
ganz ausschreiben. Reg. B. d. 31. Aug. 1815.

(Officielles Wochenbl. 1815. St. 38.)



arauf achten und  
5.

816. S. 168.)

stellung der Col-  
hre Gemeinen an-  
machen. R. B.

lar an die Sup.  
r. 1811 werden  
ffigung des Re-  
der Religiosität,  
ehren der geoff-  
ctirte Einkleidung  
odegeschmack des  
dagegen ermun-  
ihren Gemeiner  
u. f. w.

812. S. 199.)

auf dem Lande  
te in den Pfarr-  
und sich deshalb  
ern einverstehen,  
re Leute genom-

1801.

chröder CLXII.)

ellten Zeugniß  
leicht verfälscht  
ger bei den von  
Todescheinen die  
szahl wenigstens  
it Buchstaben  
Aug. 1815.

815. St. 38.)

Bei auszustellenden Zeugnissen zum Zweck  
der Dispensation vom Aufgebot u. a. ist von den  
Predigern ein Stempelbogen zu 4 fl. zu ge-  
brauchen, oder doch denen, die solch Attest brauchen,  
anzudeuten, einen solchen Bogen umzuschlagen. Reg.  
B. 23. Novbr. 1815.

(Staatskal. 1816. S. 173. Officielles Wo-  
chenblatt 1815. St. 49.)

Zum §. 169. In der Constitution wegen Ver-  
siegelung des Nachlasses kanzleifähiger Personen,  
vom 10ten März 1801 wird §. 5. den Predigern  
zur Pflicht gemacht, jeden sich zutragenden Todesfall  
eines Eximirten in ihrer Gemeinde binnen zweimal  
24 Stunden einem der Landesgerichte anzuzeigen,  
wenn sie nicht verantwortlich werden wollen.

(Staatskal. 1802. S. 184.)

Die, in ihren Kirchspielen vorkommenden Vakanz-  
zen bei Küster- und Schulmeisterstellen sollen die  
Prediger nicht unmittelbar bei h. Regierung,  
sondern unverzüglich an den kompet. Superintend.  
melden. Reg. B. d. 8. April 1809.

(Staatskal. 1810. S. 196.)

Zum §. 170. Zur gleichförmigen Aufzeichnung  
der ländlichen Eingepfarrten wurde ein gedruck-  
tes neues Schema unter sämtliche Prediger ver-  
theilt, April 10. 1799.

(Staatskal. 1800. S. 174.)

Da die Umzugszeit der freien Leute gesetzlich  
Martini ist, so sollen die Verzeichnisse der ländlichen  
Eingepfarrten gleich nach Martini an die Prä-  
positen, und von diesen spätestens vor dem letzten  
Sonntage des Kirchen-Jahrs zur Regierung einge-



sandt werden; die sämigen Prediger oder Präpositen sollen 5 Rthlr. erlegen. Gedruckte Reg. B. d. d. 12. März 1804.

(Staatskal. 1805. S. 187.)

In den Verzeichnissen der Eingepfarrten sollen die Prediger nicht die auf Martini desselben Jahrs abziehenden, sondern die sodann zuziehenden freien Leute auführen. R. B. 27. Junii 1805.

(Staatskal. 1806. S. 190.)

Die Summen der Weichkinder und schulfähigen Kinder jedes eingepfarrten einzelnen Orts sollen die Prediger in den jährlichen Verzeichnissen jedesmal rekapituliren, und die Präpositen bei der Einsendung die Summen jedes einzelnen Kirchspiels ihres Cirkels in eine gleichmäßige General-Rekapitulation zusammen ziehen. Reg. B. 24. Novbr. 1809.

(Staatskal. 1810. S. 207.)

Fehlt es in den Verzeichnissen der Eingepfarrten an der besondern Rekapitulation der Erwachsenen und Kinder aus den einzelnen Ortschaften, so sollen die Präpositen solche Verzeichnisse auf Kosten ihren Verfasser zurücksenden, und separat, wenn den Mängeln abgeholfen worden, zur Regierung nachliefern. Reg. B. d. 24. März 1814.

(Staatskal. 1815. S. 163.)

Die Gutsbesitzer, so fern sie ihre Güter selbst bewohnen, und sonstige Eximirte, als Prediger, Künstler, Schullehrer u. a. sollen in diesen Verzeichnissen nicht übergangen, sondern mitgezählt werden. R. B. vom 15ten Novbr. 1816.

(Officielles Wochenbl. 1816. St. 47.)

Auch sollen forthin alle Kinder, von der Wiege bis zur Confirmation, nach Ordnung der ein-



Gepfarrten einzelnen Dörter, ohne Unterschied, sowohl aus den Städten, als auf dem Lande, gezählt und aufgeführt, mithin die Zählung nicht mehr auf die schulfähigen allein beschränkt werden. — Noch sind auch bei den jährlichen Angaben der Erwachsenen jeder Gemeinde, die sich etwa da befindenden fremden christl. Confessionsverwandte von der Zählung nicht auszuschließen, sondern separat beizufügen. Gedruckte Cirkul. Verordn. aus Großherzogl. Regier. an die Superint. d. d. 14. Mai 1818.

(Staatskal. 1819. S. 169.)

Zum §. 171. Zur Vervollständigung der Kirchenbücher soll eine eigne Rubrik für die Confirmirten, nach dem vollen Namen, Geburtsorte, Jahr, Monate und Tage der Geburt des Kindes, so wie dem Namen, Gewerbe, Wohnorte des Vaters desselben, angelegt, auch bei den Copulirten beigelegt werden, seit wie lange die zu einer andern Ehe schreitenden verwittwet sind, und mit wem sie vorher verheirathet waren. Eben so bei Geschiedenen. Gedruckte Cirk. B. an die Superint. d. d. 11. Septbr. 1815.

(Staatskal. 1816. S. 171.)

Nachtrag zu dieser Verordnung, unterm 4. Oct. 1815, daß auch in den jährlichen Adventslisten noch eine letzte Columnne für die confirmirten Söhne und Töchter, und deren Summe angelegt werden soll, ohne welche keine Liste angenommen werden darf. In den Generallisten des Cirkels sollen die Zahlen der Confirmirten von den sämtlichen Kirchspielen nach gedachten 3 Rubriken unter eben so viel Columnnen eingetragen und summiert werden.

Zum §. 173. Unterm 12. Jan. 1814 erschien eine Reg. Verordnung wegen Abstellung der unge-



messenen Feuerungs-Deputate der Prediger. Bei entstehenden Vakanzten soll von jetzt an, wo nicht bereits eine bestimmte Fadenzahl an Holz gegeben wird, als Bedingung der Vokation mit festgesetzt werden, wie viel Faden der neue Prediger, nach einer billigen Schätzung seines wahren nothdürftigen Bedarfs jährlich erhalten solle. Die Sup. haben bei vorkommenden Fällen hiernach das Erforderliche mit dem h. Cammer- und Forst-Collegio zu reguliren.

(An die Superint.)

Zum S. 175. Wenn gleich unterm 29. Dec. 1808 die bisherige Freiheit des Adels u. a. Eximirten geistl. und weltl. Standes von der Accise-Consumtions- und Viehsteuer aufgehoben wurde; (Staatsk. 1809. S. 193.) — so soll doch den jetzt lebenden Geistlichen und deren Wittwen die Auslage an solcher Steuer, am Schlusse des Jahres, auf bescheinigte Angabe, aus den Kirchen-Aerarien ersetzt werden. Reg. B. an die Superint. vom 7ten Junii 1809.

(Staatsk. 1810. S. 201.)

In Ansehung der außerordentl. Landessteuern und Leistungen, sollen die Pfarrhufen nur als eine halbe katastrirte Hufe berechnet werden. Reg. B. vom 16ten April 1812.

(Dffic. Wochenbl. 1812. St. 5.)

Dies wurde weiter erläutert, unterm 12. September 1812.

(Dffic. Wochenbl. 1812. St. 26.)

Bei Contributionen sollen von den Predigern die Specificationen ihrer Einkünfte, die sie sonst vor Andern geben mußten, fortan nicht mehr



gefordert, sondern die Angabe des Einkommens, wie bei andern Contribuenten, ihrem eigenen Gewissen überlassen werden. Reg. B. d. d. 22. Aug. 1816.

(Offic. Wochenbl. 1816. St. 36.)

Zum §. 182 — 184. Von gesammten Einkünften, Grundstücken und Emolumenten aller Pfarren, wurden, mit Zurückweisung auf eine ähnliche Verordnung vom 18. Oct. 1773, und mit Anfügung eines Schema, unterm 16. Jan. 1800 aus h. Regierung von allen Predigern genaue Verzeichnisse gefordert.

(Staatsk. 1801. S. 178.)

Zum §. 186. Adjungirte Prediger sollen, laut der landesherrl. Verordnung vom 28. Sept. 1796, nach dem Ableben des Past. emer. eine Translokation sich unweigerlich gefallen lassen.

Dagegen sollen Gesuche um Adjunktionen auf geistl. Stellen, besonders von Seiten der Söhne, nicht angenommen werden. Reg. B. d. 7. Octob. 1809.

Die nähere Bestimmung wegen künftiger Beförderung der Candidaten und Schullehrer erschien unterm 20. Oktober 1809.

(Staatskal. 1810. S. 204. Officielles Wochenblatt 1814. St. 27.)

Ueberhaupt sollen durchaus keine Adjunktionen auf Stellen vom Civil-, geistlichen- und milit. Stande mehr ertheilt, sondern die verschiedenen Dienste erst bei ihrer wirklichen Erledigung wieder vergeben werden. Bittschriften der Art bleiben unberücksichtigt. Cab. B. d. 5. Mai 1814.

(Staatskal. 1815. S. 164. Officielles Wochenblatt 1814. St. 20.)

te der Prediger.  
on jetzt an, wo  
ahl an Holz ge  
okation mit fest  
neue Prediger,  
wahren noth  
olle. Die Sup.  
nach das Erfor  
Forst-Collegio zu  
Superint.)

unterm 29. Dec.  
bels u. a. Eri  
von der Accise  
gehoben wurde;  
so soll doch den  
en Wittwen die  
üsse des Jahres,  
Kirchen-Aerarien  
Superint. vom

(S. 201.)  
andessteuern  
ufen nur als  
werden. Reg.

. St. 5.)  
term 12. Sep:

(St. 26.)  
den Predigern  
ünfte, die sie  
tan nicht mehr



Zum S. 190. Nach jeder eingegangenen offic. Anzeige von der eingetretenen Vakanz einer Pfarrstelle, soll sofort provisorisch, bis zum Anfange der Reihesfolge in der Aufwartung, die Seelsorge der verwaiseten Gemeinde von Seiten des zunächst wohnenden Predigers angeordnet, und die dadurch erwachsende vorläufige Bemühung und Herbeiholung desselben, ihm sowohl, als den Eingepfarrten, bei der nachherigen Aufwartung und den Kirchspielsfuhren zu Gute gerechnet werden. Reg. Verordnung an die Superint. d. 17. August 1818.

(Staatskal. 1819. S. 171.)

Zum S. 197. Die Aufkünfte des Gnadenjahrs sind unter die Wittve und Kinder des verstorbenen Predigers so zu vertheilen, daß erstere die eine Hälfte erhält, gesammte Kinder aber, sie mögen aus einer oder mehreren Ehen sein, die andere Hälfte nach Kopfszahl unter sich zu theilen haben. Reg. B. an die Superint. 17. Juli 1807. 1708

(Staatskal. 1809. S. 184.)

Wenn bei dem Absterben eines Predigers keine Wittve, sondern nur vermögende, oder sonst versorgte Erben vorhanden; so soll in der Regel kein Gnadenjahr bewilligt werden. R. B. 10. Jan. 1812 an die Superint. — Doch soll den Kindern jedesmal das Gnadenjahr zustehen. 5. Mai ejusd.

Zum S. 216. Zu den Amtspflichten der Küster soll es, nach bisheriger Observanz, ferner gerechnet werden, die Currenden zu befördern, und ist deshalb bei Ertheilung der Instruktion ihnen diese Verbindlichkeit ausdrücklich aufzulegen, dergestalt, daß sie auch bei verändertem Currendenlauf keine Ent-



schädigung begehren dürfen. Reg. Verordn. an die Superint. d. 27. Novbr. 1818.

Zum §. 217. Die Küster und Schulmeister sollen nicht unmittelbar mit Bittschriften wegen Versetzung oder Dienstangelegenheiten bei höchster Behörde einkommen, sondern es soll über gedachte Gegenstände nur Vortrag durch die kompet. Superint. gemacht werden. Eigene Bittschriften von jenen bleiben unberücksichtigt. Cab. B. an die Super. vom 30sten Oktober 1819.

### Tit. XII.

### Von Ehesachen. §. 255 - 305.

Zum §. 247.

In der Patent-Verordnung d. d. 18ten Januar 1820 wegen Aufhebung der Leibeigenschaft vom 24sten Oktober 1821 an, ist §. 8. wegen der jetzt dienenden Leibeigenen bestimmt, daß niemand während solcher Dauer der Dienstzeit ohne Erlaubniß des Brodherrn heirathen darf, mithin erst ein obrigkeitl. Trauschein beizubringen ist, bevor proklamirt oder kopulirt werden kann. Soll die Verheirathung erst mit Ende der Dienstzeit und Verlassung des Orts geschehen; so muß in dem obrigkeitl. Trauschein der nachgewiesene künftige Wohnort des Brautpaares angegeben werden, und kann die Obrigkeit, wenn solche Nachweisung beigebracht ist, den Schein nicht verweigern.

(Offic. Wochenblatt 1820. St. 6.)



Zu den S. 248 — 250. In dem neuen Reerutirungs-Reglement vom 29. Dec. 1810 ist der S. 27. dahin erläutert, daß es zur Proklamations und Kopulation der im Konstriptionsmäßigen Alter stehenden Personen keines Attestes aus der Reg., sondern nur der Bescheinigung der Distriktsbehörde bedürfe. Reg. B. Mai 9. 1811.

(Intelligenzbl. 1811. St. 40. Officielles Wochenbl. 1813. St. 4.)

Die mit Entlassungsscheinen in ihre Heimath zurückgeschickten Landwehrmänner sollen in ihrer Dienstpflcht, jedoch nur wenn sie über die militairpflichtigen Jahre hinaus sind, kein Hinderniß finden, sich zu verheirathen, doch mit Beibringung einer Concession von ihrer komp. Obrigkeit und von dem Chef ihres Bataillons. Reg. B. 6. Febr. 1816.

(Officielles Wochenbl. 1816. St. 7.)

Allen, bis zum 31. Decbr. 1796 und früher Gebornen, die nicht schon jetzt im Militair stehen, ist es gestattet zu heirathen, wodurch sie vom persönlichen Militairdienst befreit werden, jedoch dabei gehalten seyn sollen, den reglementsmäßigen Beitrag zur Invalidenkasse von ihrer Verheirathung an, bis zum Ablauf des 25sten Jahres, an den kompet. Distrikts-Obersten zu leisten, von welchem sie dem kopulirenden Prediger den Schein beizubringen haben. Die Refraktairs von 1796 bleiben hievon ausgeschlossen. Reg. B. 13. Decbr. 1819.

(Staatsk. 1820. S. 183. Officielles Wochenbl. 1819. St. 36.)

In Ansehung der Refraktairs ist bestimmt: daß der Militairpflichtige, welcher sich verheirathen will, wenn nicht anderweitige sichere Beweise seiner

Des



In dem neuen Reg.  
Dec. 1810 ist der  
zur Proklamation  
ionsmäßigen Alter  
s aus der Reg.,  
er Distriktsbe-  
r. 1811.

t. 40. Officielles  
t. 4.)

in ihre Heimath  
er sollen in ihrer  
über die militair-  
Hinderniß finden,  
Beibringung einer  
keit und von dem  
6. Febr. 1816.

1816. St. 7.)

1796 und früher  
i Militair stehen,  
durch sie vom per-  
den, jedoch dabei  
mäßigen Beitrag  
irathung an, bis  
an den kompet.  
welchem sie dem  
beizubringen ha-  
bleiben hievon  
r. 1819.

183. Officielles  
St. 36.)

s ist bestimmt:  
sich verheirathen  
Beweise seiner  
Des

Befreiung vom Militairdienste da sind, von der  
Obrigkeit, unter welcher er dormalen sich befindet,  
oder von seinem Distrikts-Obersten, dem Prediger  
ein Attest bringen muß, wornach er sich verheirathen  
darf, und daß diejenige Obrigkeit, unter welcher er  
dormalen seinen Aufenthalt hat, so wie der Distrikts-  
Obrist, verpflichtet sein soll, ihm im obbemeldeten  
Falle das Attest auszustellen. Reg. Verordn. vom  
31sten Jan. 1820.

(Officielles Wochenbl. 1820. St. 7.)

Zum §. 251. Zur Belehrung des weiblichen  
Geschlechts, zumal auf dem Lande, über die Erfor-  
dernisse zur Gültigkeit rechtlicher Sponsalien, sind die  
Prediger angewiesen, in ihren Kanzelvorträgen ein-  
gemal im Jahre schickliche Veranlassung zu nehmen,  
ihren Gemeinen die gesetzlichen Vorschriften darüber  
während in Erinnerung zu bringen. Reg. Verordn.  
1813 den 10. April.

(Staatskal. 1814. S. 166.)

Zu den §§. 257 — 261. Zusammenstellung  
aller verbotenen Verwandtschaftsgrade,  
nach folgenden Nummern: (die in Klammern ( ) ge-  
setzten Zahlen weisen auf die Nummer des gegensei-  
tigen Grades der Verwandtschaft hin; z. B. vom  
Vaterbruder sub 1. ist der gegenseitige Verwandt-  
schaftsgrad: Brudertochter (38) u. s. w.)

Verboten ist die Heirath mit

- 1) Vaterbruder und Vaterschwester. (38.) nicht  
leicht dispensabel.
- 2) Vaterbrudertochter. (43.)
- 3) Vaterschwestertochter. (43.)
- 4) Vaters- und Großvaters Bruderfrau. (49.)  
indispensabel.



- 5) Vaterschwester Mann. (64.)
- 6) Vaterbruders Kindskind. (16.)
- 7) Vaterschwester Kindskind. (32.)
- 8) Vaterschwester Sohns Wittwe. (61.)
- 9) Vaters und Großvaters Brudersohns Wittwe. (54.)
- 10) Vaterbruders Tochtermann. (68.)
- 11) Vaterschwester Mannes 2ter Frau. (62.)
- 12) Vaters Halbbruders Wittwe. (50.) in dispensabel.
- 13) Stiefvater. (36.) indispensabel.
- 14) Stiefvaters Wittwe. (56.)
- 15) Großvaters Schwesterkind. (26.)
- 16) Großvaters Bruderkind. (6.)
- 17) Zweiten Stiefgroßvaters Wittwe, indispens.
- 18) Mutterbruder. (44.)
- 19) Mutterschwester. (45.) nicht leicht dispens.
- 20) Mutterbruders Frau. (58.) indispens.
- 21) Mutterschwester Mann. (65.)
- 22) Mutterschwester Sohns Frau. (60.)
- 23) Mutterschwester Kind. } (43.)
- 24) Mutterbruder Kind. }
- 25) Mutterschwester Kindskind. (33.)
- 26) Mutterbruders Kindskind. (15.)
- 27) Mutterbruders Tochtermann. (70.)
- 28) Mutter Halbbruders Wittwe. (59.) in dispensabel.
- 29) Stiefmutter, (indispensabel.)
- 30) Stiefmutter Mann. (72.)
- 31) Großmutter Bruder und Großmutter Schwester. (47.)
- 32) Großmutter Bruderkind. (7.)
- 33) Großmutter Schwesterkind. (25.)
- 34) Sohns Frau. (52.) indispensabel.



- 35) Stieffohns Frau. (55.) indispensabel.
- 36) Stieftochter. (13.) indispensabel.
- 37) Tochtermann. (66.) indispensabel.
- 38) Brudertochter, auch Halbbruders Tochter (1.)
- 39) Brudersohn. (1.) nicht leicht dispensabel.
- 40) Brudersohns Frau. (53.) nicht leicht dispens.
- 41) Bruders Frau. (48.)
- 42) Bruders Frauen 2ter Mann. (71.)
- 43) Bruderkind und Schwesterkind. (2. 3. 23. 24.)
- 44) Schwestertochter, auch Halbschwestertochter. (18.)
- 45) Schwester Sohn. (19.) nicht leicht dispensabel.
- 46) Schwester Mann. (63.)
- 47) Schwester Enkel und Enkelin. (31.)
- 48) Mannes Bruder. (41.)
- 49) Mannes Brudersohn und Mannes Bruder Enkel. (4.) indispens.
- 50) Mannes Halbbruders Sohn. (12.) indispensabel.
- 51) Mannes Tochtermann. (67.)
- 52) Mannes Vater. (34.) indispens.
- 53) Mannes Vaterbruder. (40.) nicht leicht disp.
- 54) Mannes Vaterbrudersohn, und Mannes Vaterbruders Enkel. (9.)
- 55) Mannes Stiefvater. (35.) indispensabel.
- 56) Mannes Stieffohn. (14.)
- 57) Mannes Schwestermann. (69.)
- 58) Mannes Schwester Sohn. (20.) indispens.
- 59) Mannes Halbschwester Sohn. (28.) indispensabel.
- 60) Mannes Mutterschwester Sohn. (22.)
- 61) Mannes Mutterbruders Sohn. (8.)
- 62) Mannes erster Frauen Brudersohn. (11.)



- 63) Frauen Schwester. (46.)
- 64) Frauen Brudertochter. (5.)
- 65) Frauen Schwestertochter. (21.)
- 66) Frauen Mutter oder Großmutter. (37.) in dispensabel.
- 67) Frauen Stiefmutter. (51.)
- 68) Frauen Vaterbruders Tochter. (10.)
- 69) Frauen Bruders Wittwe. (57.)
- 70) Frauen Vaterschwester Tochter. (27.)
- 71) Frauen ersten Mannes Schwester. (42.)
- 72) Frauen Stieftochter. (30.)

Zum §. 283 — 289. S. 255. 256. Zur völligen Gleichstellung der römisch-katholischen mit der evangelisch-luther. Religionsübung, sollen Proklamationen katholischer Braut-Paare außerhalb Schwerin in der lutherischen Kirche, in Schwerin nur in der kathol. Kirche geschehen, und die Copulation nur dem kathol. Geistlichen allein verbleiben. Vermischte Brautpaare behalten in der Copulat. die Wahl zwischen den Predigern beider Confessionen, und die Freiheit, in welcher von beiden Religionen sie ihre Kinder taufen, unterrichten und erziehen lassen wollen. Nach dem 14. Jahre haben diese die Wahl, zu welcher Kirche sie sich bekennen wollen; so wie überhaupt der Uebertritt von der einen zur andern dem Gewissen eines jeden, ohne alle Kenntnißnehmung der Geistlichkeit des andern Religionstheils, überlassen bleibt. Reg. B. vom 25. Januar 1811 an die Superint.

(Staatsk. 1812. S. 197.)

Nach der, im J. 1813. den 22. Februar erschienenen landesherrl. Constitution wegen der Verfassung der jüdischen Glaubensgenossen, ist auch §. XII. die Ehe zwischen Christen und Juden in der



Art erlaubt, daß solche Trauungen von christl. Predigern geschehen, und die Kinder aus diesen Ehen allemal getauft und in der christl. Religion erzogen werden müssen.

(Offic. Wochenbl. 1813. St. 10.)

Zum §. 293. In der Reg. Verordnung vom 22sten März 1800, wird, mit Zurückführung auf die vom 31sten Mai 1788, es wiederholt eingeschärft, daß Personen aus andern Gemeinen von dem Prediger nie eher getraut werden dürfen, als wenn wegen entrichteter Gebühr an den kompetirenden Prediger Bescheinigung beigebracht ist.

Zum §. 295. Zur Copulation ist auch keiner zuzulassen, der nicht die Plattern überstanden hat.  
(S. Zusatz allgem. Verordnung, hinten.)

### Tit. XIII.

### Von Tauffachen. §. 306 - 321.

Zum §. 307.

Die Prediger sollen diejenigen Eltern ihrer Gemeinde, welche ihre neugeborenen Kinder später, als höchstens acht Tage nach der Geburt zur Taufe befördern, zur fiskalischen Bestrafung namentlich anzeigen. Gedruckte Reg. V. d. 20. Mai 1800.

(Staatskal. 1801. S. 180. Schröder CLV. Officielles Wochenbl. 1816. St. 48.)



## Tit. XV.

## Von Beicht- und Communionsachen.

§. 326 - 342.

Z u m §. 3 2 9.

**W**egen Confirmation der Kinder vor dem 14. Jahre, sollen keine Dispensations-Gesuche einzelner Supplikanten weiter vom H. Cabinet angenommen werden, sondern bloß die von den kompet. Predigern in einer einzigen Vorstellung kurz vor der Confirmationszeit eingereichten. Cab. Cirkul. an die Super. d. d. 21. Decbr. 1797.

(Staatskal. 1799. S. 173.)

Vorstellungen der Eltern selbst um frühere Zulassung ihrer Kinder zur Confirmation werden nicht beachtet, sondern an den Prediger, der etwa ein Zeugniß deshalb ausgestellt hatte, unfrankirt zurückgesandt. Cab. Verordnung vom 15. Februar 1806.

(Staatskal. 1807. S. 186.)

Wenn gleich der ernstliche Wille höchster Behörde in der, unterm 12. April 1802 erneuerten Verordnung vom 11. April 1789, erklärt wurde, daß kein Kind vor vollendetem 14. Jahre zur Confirmation zugelassen werden, und alles Suppliciren deshalb unterbleiben solle; (Staatsk. 1803. S. 178.) so machten doch einzelne dringende Fälle eine Ausnahme nöthig, und es ist daher finaliter in der Cabin. V. vom 21sten März 1817 die Bestimmung getroffen, daß kein Prediger Dispensationen vom gesetzmäßigen Alter der Confirmanden nachsuchen solle, als bloß für Kinder, welchen nur 2 Monate höchstens feh-



len; wobei sie zugleich an die gewissenhafteste Prüfung der Fähigkeiten der Confirmanden erinnert werden.

(Staatsf. 1817. S. 166. Officielles Wochenblatt 1817. St. 12. Beilage.)

Zum §. 330. Die zur Confirmat. zugelassenen Kinder müssen nicht allein das 14. Jahr zurückgelegt haben, sondern auch außerdem wenigstens fertig lesen können, und 2 Jahre vorher die Schule beständig besucht haben. Reg. Verordnung d. 27. Oktober 1812 an die Superint.

(Staatsf. 1813. S. 199.)

Kein Kind soll auch zur Confirmation zugelassen werden, wenn es nicht die Blattern gehabt.

(S. hinten Zusatz von allgem. Verordn.)

### Tit. XVI.

## Von Begräbnissachen. §. 343 - 366.

Zum §. 345.

Den katholischen Einwohnern ist die öffentliche Beerdigung nach den Gebräuchen ihrer Religion, auf jedem Stadt- oder Landkirchhofe, bis zur Anlegung eines eigenen auf ihre Kosten, verstatet, in der Constitution vom 25. Jan. 1811.

(Staatskal. 1812. S. 197. Revid. sub §. 283. — 289.)

Zum §. 352. Zur Verhütung der weitem Verbreitung der Ruhrkrankheit, sollen die unzweifelhaft Verstorbenen höchstens am 3ten Tage still zur Erde bestattet werden, ohne daß es an



solchen Orten während der herrschenden Krankheit einer besondern Dispensation deshalb bedürfe. Reg. Verordn. vom 19. Sept. 1811.

(Intelligenzbl. 1811. St. 80.)

Zum S. 358. Nach der Constitution vom 3. April 1804 ist allen Predigern für durchpassirende Leichen eine jährliche Vergütung von 1 Rthlr. und jedem Küster von 16 fl. aus dem Kirchen-Verat, oder, wenn dieses unvermögend, vom Patronat, zugesichert, wogegen sie auf keine weitere Gebühren in solchen Fällen anzusprechen haben, wenn nicht etwa Amtsverrichtungen oder Geläut verlangt werden. — Bei solchen durchgeführten Leichen muß jedoch zuvor an dem Sterbeorte alles, was zu den gebräuchlichen Nothwendigkeiten gehört, gezahlt seyn. Für das bloß Willkührliche dabei wird nichts entrichtet.

(Staatskal. 1805. S. 187. Officielles Wochenbl. 1815. St. 43.)

Unterm 6. Junii 1804 wurde diese Constit. dahin erweitert, daß auch den Schullehrern in den Städten 24 fl. aus den Verarien als Vergütung gereicht werden sollen.



enden Krankheit  
bedürfe. Reg.

St. 80.)

stitution vom 3.  
rhpaffirende  
on 1 Rthlr. und  
Kirchen-Vicar,  
Patronat, zur  
re Gebühren in  
enn nicht etwa  
ngt werden. —  
uß jedoch zuvor  
n gebräuchlichen  
hlt seyn. Für  
nichts entrichtet.

187. Officielles  
St. 43.)

diese Constit.  
ullehrern in  
arien als Verz

## Anhang

von der besondern Verfassung zu Schwerin.

Von Parochialgrenzen. S. 1 - 12.

Zum S. 5.

Jeder, der sich in der Stadt aufhält, ohne Rücksicht ob er Fremder oder Einheimischer sey, falls er nicht, nach bestehenden allgemeinen oder besondern Verfügungen und Gesetzen, zur Schloßgemeinde gehört, soll zu der Gemeinde sich halten, in deren Kirchspiel er seinen Aufenthalt hat. Sollte einzelnen Fremden, nach Befinden, höchst verstattet werden, zur Schloßgemeinde sich zu halten, so müssen sie sich wegen der Gebühren in Amtsfällen mit dem kompetirenden Prediger abfinden. Reg. Reskript vom 25. März 1811 an den Sup. Ackermann.

Zum S. 9. Die Verordnung vom 4. Nov. 1751 ist unterm 14. Junii 1786 dahin abgeändert: daß künftig der jedesmalige Commandant, so wie auch jeder andere Offizier, ob solcher auch eine Hof-Charge dabei habe, dennoch zur Garnison-Gemeinde gehören solle.

(An den Hofpr. Conf. R. Martini.)



Auch ist im Jahre 1792 den 18. Julii noch verordnet, daß alle diejenigen, welche nicht unmittelbar in Herrschaftl. Diensten stehen, imgleichen alle wirklichen Bürger, wenn sie auch einen kleinen Gehalt bekommen, aber dabei bürgerliche Nahrung treiben, ferner die Buchdruckergehülfen, die Officianten des hiesigen Werthhauses, und alle in einem ähnlichen Verhältnisse stehenden, von der Hofgemeinde getrennt, und an die Parochie der Stadt, worin sie wohnen, zurückgewiesen sein sollen.

(V. an die sämmtl. hiesigen Stadtprediger der Alt- und Neustadt.)

### Von Beerdigungssachen. S. 15 - 28.

Zum S. 15.

Die Todtenkleiderinnen sollen von den Magisträten in den Städten angenommen, instruiert und beeidigt werden; sollen jeden Todesfall binnen einer Stunde, nach erhaltener Nachricht davon, der Obrigkeit melden, sich unweigerlich einfinden, wo sie gerufen werden, von Armen nichts nehmen, auch da, wo die Einkleidung aus polizeilichen Gründen untersagt ist, keine Gebühr verlangen, und bei todtgeborenen, oder in den ersten 8 Tagen sterbenden Kindern, falls sie nicht gefordert werden, sich der Anstrichung ihres Geschäfts enthalten. R. B. vom 17. Mai 1816.

(Staatskal. 1817. S. 175. Officielles  
Wochenbl. 1816. St. 23. Intelligenzbl. 1816. St. 46.)



Zum S. 24. Die Bedienten, Dienstmädchen und sonstigen Hausgenossen des Militairs sind nicht von der Entrichtung der Gebühren bei Todesfällen befreit. (Nach Entscheidung h. Regierung im J. 1797, bei Gelegenheit der Beerdigung eines Kindes des Bedienten beim Gen. Maj. v. Güter.)

### Z u s a t z

einer speciellen Verordnung wegen der Re-  
benschulen in Schwerin.

Damit keine untaugliche Subjekte sich eigenmächtig zu Lehrern aufwerfen mögen, soll niemandem sowohl in der Stadt, als Vorstadt erlaubt seyn, Schule zu halten, der nicht, nach vorheriger Prüfung und befundener Fähigkeit, von Großherzoglicher Regierung eingesetzt worden ist. Reg. B. vom 9. Dec. 1819 an den Conf. R. Sup. Ackermann.

(Officielles Wochenbl. 1819. St. 37.)

Magistrate sollen dahin wachen, daß niemand sich zum Schulhalten aufwerfe, ohne landesherrliche Genehmigung erlangt zu haben. Reg. Berordn. vom selbigen dato.

Katholischen Schullehrern soll der Religions-Unterricht bei Kindern lutherischer Eltern überall nicht gestattet seyn. Reg. Reskript sub eodem, an den C. R. Sup. Ackermann.

Früher schon, in einem Reg. Reskript vom 27. Aug. 1810, ist den Predigern der Alt- und Neustadt



zur Pflicht gemacht, auf alle, in ihrem resp. Sprengel befindliche Nebenschulen Acht zu haben, dieselben von Zeit zu Zeit zu besuchen, dem Unterrichte beizuwohnen, und den Lehrenden nöthigenfalls zweckmäßige Winke zur besten Art des Unterrichts zu geben.

## Z u s a t z

### von einigen allgemeinen Verordnungen.

#### 1.

Im Bezug auf die, unterm 16. und 20. Februar 1816 erlassenen Verordnungen wegen der Schutzblattern: Impfung, wurde noch in der Reg. B. vom 22. Februar 1817 bestimmt: daß vom 1sten Julii an niemand, ohne Unterschied des Alters und Standes, zur Erlernung eines Handwerks oder Betriebes, noch zu irgend einer Bedienung, noch zur Confirmation oder Copulation gelassen werden solle, bevor er nicht den Schein eines approbirten Arztes beigebracht haben werde, daß er die Menschenblattern gehabt, oder sich der Schutzblattern: Impfung unterworfen habe. — Bei Nichtachtung dieser Vorschrift sollen die Behörden mit Geldbußen von resp. 10, 20 bis 50 Rthlr., auch härter, angesehen werden.

(Staatskal. 1818. S. 165. Officielles Wochenbl. 1817. St. 12. Beilage.

Diese Verordnung wurde unterm 6. Junii 1817 dahin erläutert, daß jedem die Art der Beweisfüh-



nung, er habe die Blattern gehabt, überlassen sein soll; wenn aber Zweifel dabei übrig bleiben, und ein ärztliches Zeugniß nicht zu haben ist, ein solcher sich annoch einer neuen Einimpfung unterziehen und den Erfolg bescheinigen muß.

(Officielles Wochenblatt 1817. St. 27.)

## 2.

Verordnung aus Großherzogl. Regierung wegen des Uebertritts von einer christlichen Kirche zur andern, vom 15. August 1817.

In jedem einzelnen Falle kann, nach den verschiedenen Umständen und der Beschaffenheit des Individui, es mehr oder weniger angemessen gefunden werden, diesen Schritt öffentlicher und feierlicher zu machen, oder bekannter werden zu lassen. Unter allen Umständen ist es wesentlich erforderlich, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Uebertritt nur im wahren Glauben und in der Erkenntniß von den Vorzügen derjenigen Kirche, zu welcher man übergeht, erfolgt sei, und zu dem Ende ist eine genaue und ernstliche Prüfung der Religionskenntnisse des Proselyten vorzunehmen, und ein Bekenntniß, aus welchem solches hervorgeht, von ihm abzulegen.

(Staatskal. 1818. S. 167.)

In einem besondern Falle dieser Art wurde verordnet: daß der Prediger noch einen andern Prediger und 2 bis 3 Mitglieder der Gemeinde einladen solle, um als Zeugen der Prüfung beizuwohnen, und das abgelegte Bekenntniß des Proselyten beurtheilen



zu können, welches in der Kirche geschehen mag, ohne jedoch den Akt feierlich anzukündigen, aber ohne auch andere Zuhörer, die sich von selbst einfinden möchten, auszuschließen. Wird das abgelegte Glaubensbekenntniß von dem unterrichtenden Prediger und den erbetenen Zeugen für genügend gehalten; so ist der Proselyt in den Schoß der evangel. Kirche aufzunehmen, und wird, den Umständen nach, sogleich, oder bei versammelter Gemeinde das Abendmahl zu nehmen haben.

## 3.

Eine Vereinigung der lutherischen und reformirten Kirche soll nicht veranlaßt werden; indessen bleibt es jedem frei, von einer Confession zur andern überzugehen. Nur soll solches allemal mit theil einer öffentlichen Ablegung des neu angenommenen Glaubensbekenntnisses geschehen. Reg. Verordnung vom 4. August. 1818.

(Staatsk. 1819. S. 170.)



## R e g i s t e r.

### Nach der Zahl der §§.

#### A.

Abjunktionen auf Stellen. 186.

Alter der Schulkinder. 124.

#### B.

Bauten und Reparaturen geistl. Gebäude. 92. 95.

Beförderung der Candidaten u. Schullehrer. 186.

Belegung der Kirchengelder. 58. 61.

Berechner der pp. cc. sollen die Rechte derselben wahrnehmen. 61.

Bericht über Vafenzen. 190.

Betttag in der Ernte. 35.

Bittschriften beim Cab. f. Cabinet.

Blättern, soll jeder gehabt haben. 295. 330. Zu  
s a § 1.

#### C.

Cabinet, Gesuche um Dispensationen bei selbigem.  
13. 329.

Candidaten, untentirte. 144.

\_\_\_\_\_ tentirte. Ebd.

\_\_\_\_\_ Examen derselben. 146.

\_\_\_\_\_ sollen memoriren. 146.

Collaboratoren, deren Anstellung. 159. f.

Confirmirte, müssen die Blättern gehabt haben. 330.

In's Kirchenbuch zu tragen. 171. Deren Alter.  
329.

Contribution. 175.

Copulation Fremder. 293. Leibeigener. 247.

Copulirte müssen die Blättern gehabt haben. 295.

In's Kirchenbuch einzutragen. 171.

Currenden, f. Küster.

geschehen mag,  
digen, aber ohne  
selbst einfinden  
abgelegte Glau-  
den Prediger und  
gehalten; so ist  
gel. Kirche auf-  
n nach, sogleich,  
Abendmahl zu

herischen und  
anlaßt werden;  
er Confession zur  
es allemal mit  
eu angenommen  
Reg. Berords

9. C. 170.

mens in P  
und a Gm  
allein, selb  
gellende, 202



## D.

Dispensationsgesuche. 13. 329.

## E.

Ehe des Militärs. 248 — 250.

Ehedispensationen. 13.

Eingepfarrte, s. Verzeichniß.

Einkünfte der Prediger. 182 — 184.

Erbverpachtungen. 50.

Examen, s. Candidaten.

## F.

Feier der Sonn- und Festtage. 34.

— des 18ten Octobers. 37.

— des Reformationstages. 37.

Freiheiten der Geistlichen. 175.

## G.

Gebäude, geistliche, s. Bauten.

Gelder der pior. corp. an wen einzusenden. 58.

Gnadenjahrs Einkünfte. 197.

## H.

Holz der Schullehrer. 122. Der Prediger. 173.

## J.

Juden, Heirath mit Christen. 283 — 289.

## K.

Katechismus, Mecklenburg. 125.

Katholiken, deren Gleichstellung mit Lutheranern.  
283 — 289. Deren Beerdigung. 345.

Kirchen, in deren Innern keine Veränderung zu machen. 110.

Kirchen, luth. und reform. Zusatz 3.

Kirchenbücher, Vervollständigung. 171.

Kirchengelder. 58. 61.

Kircheniegel, s. Siegel.

Klingbeutel. 34.

Küster sollen die Currenden befördern. 216. Nicht  
unmittelbar suppliciren. 217.

L.



L.

Landbaumeister, s. Bauten.  
Landwehrmänner, s. Ehe.  
Leichen, durchgehende. 358.  
Leibeigene, s. Copulation.

M.

Memoriren der Predigten. 146.  
Miettsleute in Pfarrkathen. 164.  
Militair, s. Ehe. Deren Dienstbothen nicht frei von  
Gebühren. Anhang 24.

P.

Pachtkontrakte. 50.  
Parochialgrenzen. Anhang 5. 9.  
Pfarrländereien. 50.  
Pfarrbesetzungen, sollen nicht kostbar sein. 159. c.  
Pfarrhufen steuern zur Hälfte. 175.  
Pfarrkathen, s. Miettsleute.  
Philosophie, kritische. 134.  
Pia corpora, Vorzüge in Konkursen. 61.  
Positive Lehren der Relig. nicht zu verlassen. 160.  
Prediger, ihre Steuern. 175.  
Predigermahl. 152. 153. 159. c.  
Proselyten. Zusatz 2.

R.

Rationalismus. 134.  
Rechnungen der pior. corp., darüber alle Jahre zu  
berichten. 57. Die rückständigen anzuzeigen. Ebenb.  
Reformationsfest, s. Feier.  
Refraktairs, s. Ehe.  
Regulirung, s. Schulacker.  
Religions-Veränderung. Zusatz 2.  
Religions-Vereinigung. Zusatz 3.  
Rostock, s. Studien.  
Ruhrkrankheit, Beerdigung der daran Gestorbenen. 352.

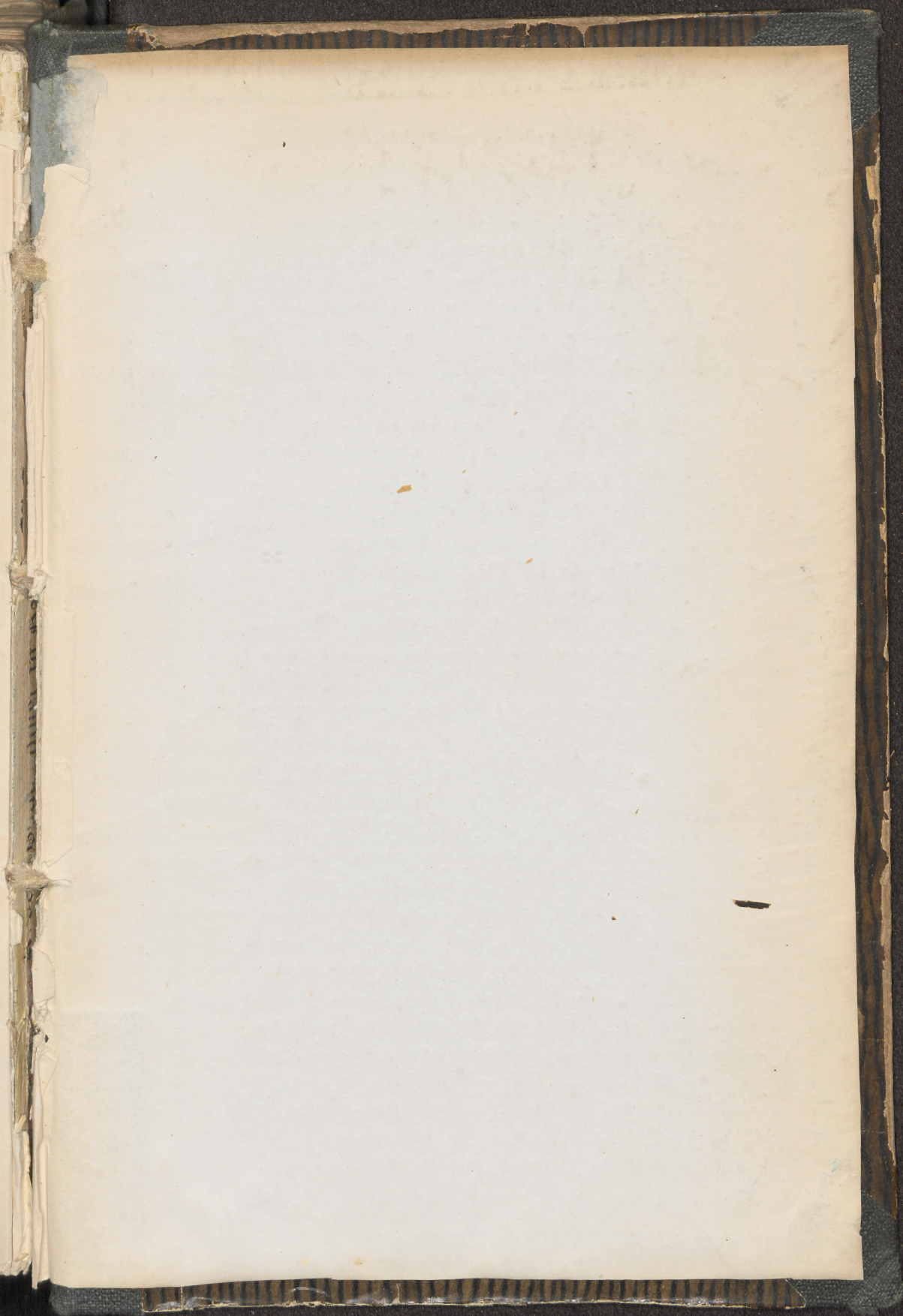
S.

Schulen, neu zu errichtende. 120.  
Schulen in Schwerin. Zusatz speciell. B.  
Schulacker. 122.

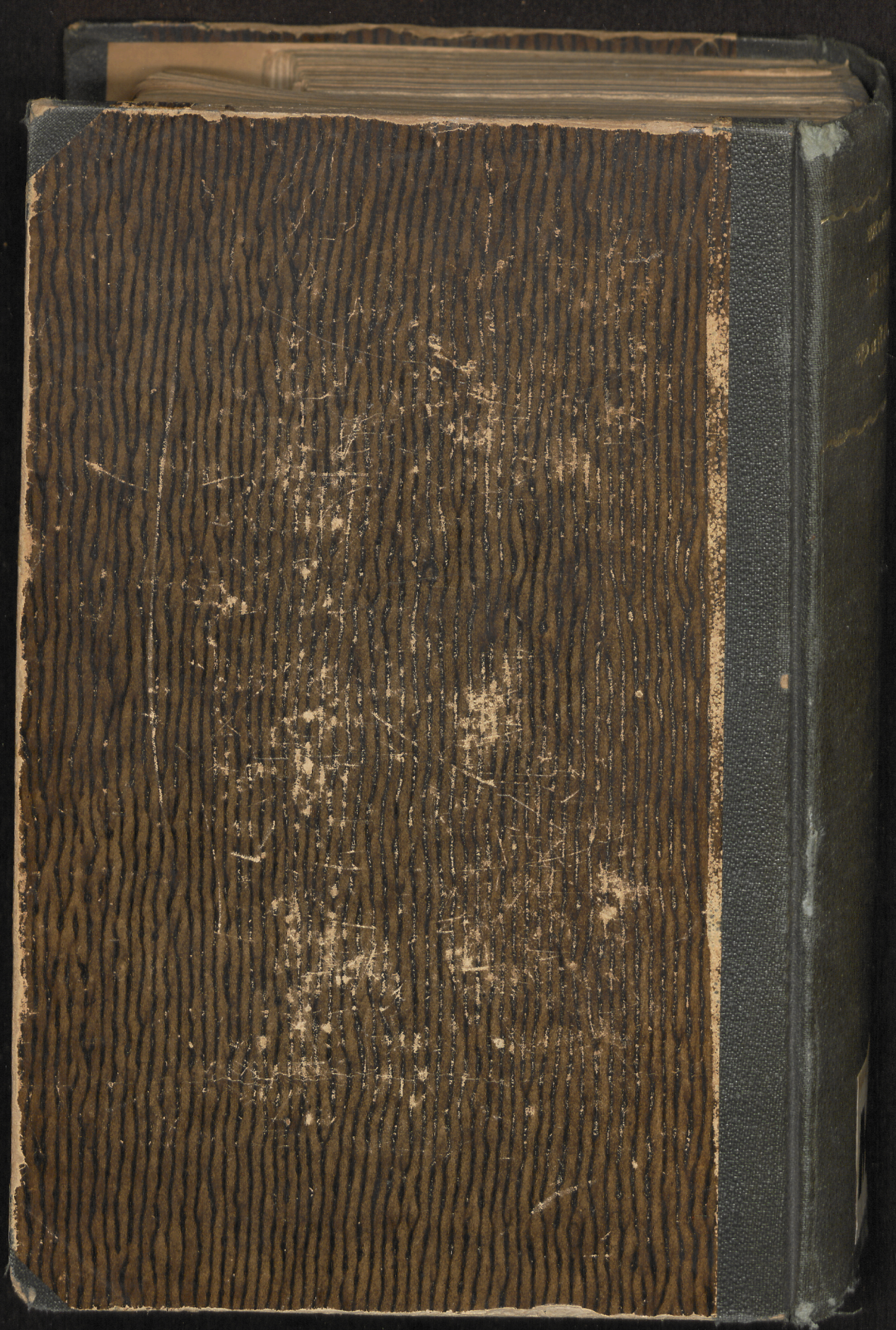


- Schuldienste. 120.  
 Schulholz. 122.  
 Schulkinder, wann schulfähig. 124.  
 Schulmeister der Ritterschaft. 120.  
 Siegel der Kirchen. Tit. IX.  
 — der Superintend. 136.  
 Sonn- und Festtage, s. Feier.  
 Staatskalender zu halten und aufzubewahren. 5.  
 Stempelgebühr bei Vokationen. 159. a.  
 Steuern. 175.  
 Studien der Landesfinder. 143.  
 Synoden, Bewirthung bei selbigen. 30.  
 Synodal-Abhandlungen durchaus zu liefern. 30.
- Z**
- Taufe, nicht über 8 Tage zu verschieben. 307.  
 Tentamen der Candidaten. 144. 146.  
 Thurbauten. 91.  
 Todesfälle der Eximirten anzuzeigen. 169.  
 Todtenkleiderinnen. Anhang 15.
- B**
- Vakanten, s. Bericht.  
 Verlöbniß, Belehrung darüber. 251.  
 Verschreibungen der pp. cc. 67.  
 Verwandtschaftsgrade. 257 — 261.  
 Verzeichniß der Eingepfarrten. 170.
- W**
- Wahl, s. Predigerwahl.  
 Wittwen-Institut für Schullehrer. 126.  
 Wochenblatt, officiell. 5.
- 3**
- Zeugnisse, für die zur Akademie Abgehenden. 143.  
 In Attesten sollen die Zahlen mit Buchstaben  
 ausgedrückt werden. 165. Stempelbogen dazu  
 zu nehmen. 165.  
 Siegelsteine bei Pfarrbauten. 92.











## Register.

der Zahl der ss.

A.

Abjuncten. 186.  
 Alter der 124.

B.

geistl. Gebäude. 92. 95.  
 en u. Schullehrer. 186.  
 58. 61.

die Rechte derselben

wahrnehmen

Bericht über Ba

Betttag in der Et

Bittschriften beim

Blättern, soll jeder

satz I.

295. 330. Zu

Cabinet, Gesuche um  
 13. 329.

Candidaten, untentirte. 1

tentirte. Eben

Examen derselben

sollen memoriren.

Collaboratoren, deren Anstellun

Confirmirte, müssen die Blätter

Ins Kirchenbuch zu tragen.

329.

Contribution. 175.

Copulation Fremder. 293. Leibeige

Copulirte müssen die Blättern geha

Ins Kirchenbuch einzutragen. 17

Currenden, s. Küster.

bei selbigem.

330.

Alter.